



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 24. September 2018

Protokoll

über die 12. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Montag, 17.09.2018
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:33 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

CDU-Fraktion

Eichenlaub, Günter

Fricke, Dietmar

Glier, Andreas

Großer, Elke

Stellv. Vorsitzende Kreistag

Hantelmann, Klaus

Kanter, Heike

Koch, Manfred

Lagosky, Uwe

Vorsitzender CDU

Löhr, Norbert

Oesterhelweg, Frank

Plumeyer, Henning

Rautmann, Dirk

Schäfer, Uwe

Stellver. Landrat

von Veltheim, Alexander

Wolff, Michael

AfD-Fraktion

Barnstorf-Brandes, Jürgen

Heid, Klaus-Dieter

Nieder, Achim

Pastewsky, Jürgen

Vorsitzender AfD

GRÜNE-Fraktion

Barkhau, Holger

Vorsitzender GRÜNE

Dette, Ehrhard

Stellv. Vorsitzender Kreistag

Gerndt, Reinhard, Dr.
Nagel, Hilmar
Wagner-Judith, Christiane

Stellver. Landrätin

FDP-Fraktion

Fach, Thomas
Försterling, Björn

Vorsitzender FDP

DIE LINKE-Fraktion

Schulz, Hartmut
Stoppok, Arnfred

Vorsitzender DIE LINKE

SPD-Fraktion

Albinus, Martin
Brandes, Katrin
Deitmar, Reinhard
Eichenlaub, Joachim
Ganzauer, Oliver
Hausmann, Michael
Hensel, Falk
Keye, Bernfried
Koch, Harald
Märtens, Julian
Meyn, Lennie
Naumann, Ruth
Resch-Hoppstock, Sabine
Sandte, Michael

Vorsitzender Kreistag
Vorsitzender SPD
Stellver. Landrat

Von der Verwaltung

Klooth, Kathrin
Schillmann, Claus-Jürgen
Wilhelm, Andree
Eidam, Julia
Breitmoser, Theresia

Dezernentin III
Kreisbaurat
Pressesprecher
Protokollführerin

Es fehlen:

AfD-Fraktion

Wolfrum, Manfred, Dr.

SPD-Fraktion

Bosse, Marcus
Fahlbusch, Susanne
Münch, Janna

Von der Verwaltung

Löb, Susanne

Gleichstellungsbeauftragte

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)
3. Feststellung der Nachbesetzung der Ausschüsse (§ 71 Abs. 5 NKomVG)
4. Feststellung der Tagesordnung (5c GO)
5. Genehmigung des Protokolls über die 11. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 25.06.2018
6. Anfragen
 - 6.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)
 - 6.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)
7. Ernennung Brandabschnittsleiter Ost
Vorlage: XVIII-0314/2018
8. Antrag der AfD-Kreistagsfraktion:
Weitere Senkung der Kreisumlage
Vorlage: XVIII-0344/2018
9. Überarbeitetes Raumkonzept für die Oberstufe der Henriette-Breymann-Gesamtschule (HBG) ab dem Schuljahr 2019/20, Stand Juli 2018
Vorlage: XVIII-0337/2018
10. Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Gesamtschulen
Vorlage: XVIII-0339/2018
11. Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Förderschulen
Vorlage: XVIII-0329/2018
12. Weiterführung des Schulkostenfonds im Jahr 2019
Vorlage: XVIII-0332/2018
13. Abschluss einer Vereinbarung mit der Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH
Vorlage: XVIII-0318/2018
14. Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Großes Bruch östlich von Mattierzoll" in der Samtgemeinde Elm-Asse (Landkreis Wolfenbüttel-LSG WF 51) - Sicherung Natura 2000-Gebiet; Vorlage: XVIII-0315/2018
15. Bau einer Fuß- und Radwegbrücke über die Oker in Werlaburgdorf, parallel zur vorhandenen Eisenbahnbrücke
Vorlage: XVIII-0330/2018
16. Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für das Jahr 2018
Vorlage: XVIII-0335/2018
17. Aufstellung eines Einsatzzuges im Katastrophenschutz
Vorlage: XVIII-0338/2018
18. Einrichtung einer befristeten Stelle zur Durchführung von Rückkehraufgaben in der Ausländerbehörde
Vorlage: XVIII-0317/2018

19. ÖPNV-Finanzierung im Großraum Braunschweig;
Verlängerung des Refinanzierungsvertrags zur allgemeinen Vorschrift mit dem
Regionalverband Großraum Braunschweig
Vorlage: XVIII-0334/2018
 20. 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr
2018
Vorlage: XVIII-0316/2018
 21. Halbjahresbericht des Landkreises Wolfenbüttel für das Jahr 2018
Vorlage: XVIII-0341/2018
 22. Resolution zur Unterstützung der Geo-und Naturparke
Vorlage: XVIII-0345/2018
 23. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4
NKomVG i.V.m. § 5h GO)
 24. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 5 i GO)
-

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Ganzauer eröffnet um 18:00 Uhr die 12. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

Vorsitzender Ganzauer führt an, dass die KAbge. Bosse, Dr. Wolfrum, Fahlbusch und Münch entschuldigt fehlen.

Vorsitzender Ganzauer gratuliert im Namen des Kreistages KAbg. M. Koch nachträglich zu seinem Geburtstag.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 59 und 65 NKomVG i.V.m. §§ 2, 5b GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Nachbesetzung der Ausschüsse (§ 71 Abs. 5 NKomVG)

Vorsitzender Ganzauer nimmt Bezug auf die von der SPD-Kreistagsfraktion eingereichte Umbesetzung im Verwaltungsrat Bildungszentrum und teilt mit, dass Herr Dennis Berger anstelle von Frau Nina Fabian künftig als Bürgermitglied im Verwaltungsrat des Bildungszentrums tätig sein werde.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Herr Dennis Berger wird anstelle von Frau Nina Fabian Bürgermitglied im Verwaltungsrat des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung (5c GO)

Vorsitzender Ganzauer merkt an, dass der TOP 13 leider zweifach in der Tagesordnung aufgeführt wurde und bittet insoweit um Korrektur. Weiterhin übernehme krankheitsbedingt KAbg. Hantelmann die Berichterstattung zu den TOPs 9-12. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird unter den vorgenannten Änderungen genehmigt.

TOP 5 Genehmigung des Protokolls über die 11. Sitzung des XVIII. gewählten Kreistages am 25.06.2018

Vorsitzender Ganzauer erklärt, dass keine Änderungswünsche vorliegen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 11. Sitzung des XVIII.- gewählten Kreistages am 25.06.2018 wird genehmigt.

TOP 6 Anfragen

TOP 6.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

TOP 6.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§ 17 GO)

KAbg. Oesterhelweg nimmt Bezug auf seine Anfrage auf der 11. Sitzung des Kreistages hinsichtlich der Abholzungen am Parkplatz zwischen Werlaburgdorf und Schladen an der L615. Damalig wurde nachgefragt, ob auch die Straßenbauämter zu Beratungsgesprächen, ähnlich wie die Landwirte, eingeladen werden. Diesbezüglich werde nachgefragt, ob und wie die Straßenbauämter zwischenzeitlich informiert wurden und welche Schlüsse aus den Unterhaltungen gezogen wurden?

Kreisbaurat Schillmann antwortet, dass Gespräche mit den Straßenbauämtern, insbesondere mit Goslar, geführt wurden. Es konnte eine Einsicht erzielt werden und man befinde sich auf einem guten Weg zu einer nachhaltigen Zusammenarbeit. Darüber hinaus werde sich für die gute Zusammenarbeit mit den Landwirten aus Werlaburgdorf bedankt und angemerkt, dass der direkte Kontakt weiterhin gepflegt und gesucht werde.

KAbg. Lagosky erkundigt sich nach dem Thema Elektromobilität und dem Eckpunktepapier, auf welches sich die Landrätin im letzten Jahr mit den Hauptverwaltungsbeamten der Samtgemeinden und Gemeinden sowie den Vertretern der Stiftung Zukunftsfonds Asse und der Cemo (Centrum für Elektromobilität) verständigt habe. Wie sei der Status quo, was wurde bislang erreicht und welche aktuellen Projekte seien geplant?

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass eine Koordinierungsstelle beim Centrum für Elektromobilität an der Ostfalia u.a. mit dem Ziel eingerichtet wurde, die Ladeinfrastruktur im Landkreis Wolfenbüttel voranzubringen. Insoweit sei ein Verfahren mit den Hauptverwaltungsbeamten abgesprochen und Stationen für die Ladeinfrastruktur identifiziert. Nunmehr seien Gespräche mit den Standortinhabern zu führen. Weiterhin wurde ein Projekt zum E-Bike-pendeln ins Leben gerufen. Hierfür werden noch Unternehmen gesucht, die mit dem Landkreis zusammenarbeiten und ihren Mitarbeiter*innen E-Bikes für den Arbeitsweg zur Verfügung stellen wollen. Es werde vorgeschlagen, das Thema erneut im Fachausschuss zu besprechen.

Kreisbaurat Schillmann ergänzt, dass für den ländlichen Raum der Ansatz eines Zweitwagenmarktes verfolgt werde, da dort überschaubare Entfernungen zurückgelegt werden. Dabei seien in einem ersten Schritt Ladestationen an Einkaufsmöglichkeiten, Sehenswürdigkeiten und den Gemeinden einzurichten. Die Pilotfunktion habe dabei die Gemeinde Cremlingen mit Bürgermeister Kaatz übernommen. Die Umsetzung werde in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden vorgenommen mit dem Ziel eine grundlegende Infrastruktur in ½ bis ¾ Jahre zu schaffen. Weiterhin sollen zwei Elektrofahrzeuge zur Verfügung gestellt werden, welche beispielsweise von Pflegediensten etc. für einen gewissen Zeitraum ausgeliehen werden könnten.

KAbg. Nieder nimmt Bezug auf das Thema Bigamie und Kinderehen. Diesbezüglich werden folgende Fragen gestellt:

1. Sind im Landkreis Wolfenbüttel Fälle von Bigamie bzw. Polygamie bei Asylsuchenden bekannt?
2. Wenn ja, wie viele?
3. Sind Fälle von Ehen mit Minderjährigen bekannt?
4. Wenn ja, wie viele?
5. Finden in diesem Sinne überhaupt Überprüfungen statt?

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass eine Antwort über das Protokoll erfolge.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

Es sind vereinzelte Fälle von Bigamie oder Polygamie bekannt geworden, bei denen Asylbewerber entweder eine weitere Ehefrau im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland holen wollten oder gleich als Flüchtlinge mit mehreren Ehefrauen einreisen. Ähnlich verhält es sich im Fall der Ehen mit Minderjährigen. Die Anträge auf Familiennachzug wurden in diesen Fällen negativ beschieden. Fallzahlen, bei denen Mehr- oder Kinderehen bekannt wurden, sind nur durch ein aufwendiges manuelles Aktenstudium (über 7.000 Akten) möglich, da es sich hier nicht um ein EDV auswertbares Kriterium handelt.

KAbg. Meyn nimmt Bezug auf das Beschwerdemanagement im Landkreis Wolfenbüttel und hierbei insbesondere auf die „Meldoo-App“ für Bürgerinnen und Bürger und stellt nachstehende Anfragen:

1. Wie viele und welche der Mitgliedsgemeinden im Landkreis Wolfenbüttel nutzen „MeldooPlus“?
2. Wie viele der gemeldeten Beschwerden fallen in die Zuständigkeit des Landkreises? Wie werden diese an den Landkreis übermittelt?
3. Wie hoch wären die Kosten für das System auch im Landkreis zu integrieren, damit die Gemeinden die Beschwerden an den Landkreis weiterleiten können?

Landrätin Steinbrügge antwortet wie folgt:

- Zu 1: Die Samtgemeinde Elm-Asse und die Gemeinde Cremlingen nutzen die App „MeldooPlus“. Die Gemeinde Cremlingen teste die App vorerst für ein Jahr.
- Zu 2: Laut Hersteller filtere die App die gemeldeten Beschwerden, bevor sie an die Gemeinden übermittelt werden. Sollte aktuell eine Beschwerde in die Zuständigkeit des Landkreises Wolfenbüttel fallen, so werden diese laut Hersteller automatisch per E-Mail an die Kreisverwaltung weitergeleitet. Dieses „Vorsortieren“ hänge jedoch wohl von der Quantität der Beschwerden ab. Bisher sei keine der gemeldeten Beschwerden in die Zuständigkeit des Landkreises Wolfenbüttel gefallen.
- Zu 3: Sollte das System dennoch im Landkreis eingeführt werden, würden jährliche Lizenzkosten in Höhe von 2.148 € sowie eine einmalige Einrichtungsgebühr von rund 1.000 € anfallen.

Landrätin Steinbrügge nutzt in diesem Zusammenhang die Gelegenheit und weist auf den bereits vorhandenen Radweg-Mängelmelder RADar! hin. Mithilfe der RADar!-App könnten Bürgerinnen und Bürger standortgenau per GPS-Ortung Mängel an Fahrradwegen im Landkreis melden. Die Meldungen erhalten die entsprechenden Mitarbeitenden im Amt für Bauen und Planen, die sich um die Behebung des Problems kümmern. Eine verstärkte Nutzung der App durch die Bürgerinnen und Bürger wäre wünschenswert.

Darüber hinaus wurde vor geraumer Zeit über das Thema Bürgerbeteiligung im Rahmen eines Antrag von LINKE und GRÜNE zur Möglichkeit der Online-Petition gesprochen. Damals habe man sich darauf geeignet zu prüfen, ob über den neuen Internetauftritt der Kreisverwaltung eine verstärkte Bürgerbeteiligung ermöglicht werden könnte. Zwischenzeitlich wurde ein entsprechendes Modul angeschafft, wo Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werde, Ideen, Anregungen und Wünsche, die den Landkreis betreffen einzureichen und mit Anderen zu diskutieren. Hierzu werde es im anstehenden Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit eine entsprechende Vorlage geben.

KAbg. Pastewsky nimmt Bezug auf einen kürzlich erschienen Zeitungsartikel „Begrenzt Wohnraum schaffen“, wo der Cremlinger Gemeinderat eine Obergrenze für den Zuzug in die Gemeinde Cremlingen sowie einen Grundsatzbeschluss zu keiner komplett neuen Ausweisung von Baugebieten gefasst habe. KAbg. Pastewsky fragt Landrätin Steinbrügge, wie sie zu einer Zuzugsbeschränkung für Gemeinden im Landkreis Wolfenbüttel stehe und ob diese Zuzugsbeschränkung sodann für alle Bevölkerungsgruppen gelten solle?

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass eine solche Beschränkung von Bevölkerungszahlen absurd sei.

KAbg. Wolff nimmt Bezug auf das Thema Berufsbildende Schulen und fragt nach:

1. Wie die Schulstrukturen bei den Berufsbildenden Schulen in dieser Region organisiert werden?

2. Wo liegen Perspektiven?

Weiterhin werde angemerkt, dass die Beschulung der Bäckereifachverkäufer*innen sowie der Bäcker*innen aus Wolfenbüttel abgezogen und nach Braunschweig verlagert werden sollen. Dagegen plane die Carl-Gotthard-Langhans-Schule (CGLS) jedoch wohl die Eröffnung einer Fachoberschule Gesundheit. Diesbezüglich werde nachgefragt:

1. Wie haben sich die Schülerzahlen im Verhältnis der Teilzeitausbildung zum Verhältnis der Vollzeitausbildung an der CGLS in der Vergangenheit entwickelt?
2. Welche Perspektive sehe der Schulträger in der künftigen Entwicklung?
3. Sei der Weg, Fachoberschuljahrgänge einzurichten und daraus eine Vollzeitschule zu machen weiter zu verfolgen?
4. Wie sehe die Planung der Teilzeitschulgänge aus?

Hinsichtlich der Besetzung von Ausbildungsstellen werde die Beschulung vor Ort als wichtiges Kriterium für Jugendliche gesehen. Diesbezüglich werde nachgefragt:

1. Wie solle diese Entwicklung seitens des Schulträgers in Zukunft gestalten werden?
2. Welche Schwerpunkte solle es geben?
3. Welche Ausbildungsgänge werden ggf. aufgegeben, aus Mangel an Schüler*innen?
4. Wie werde sich der Landkreis gegenüber dem Regionalverband positionieren bzgl. der weiteren Gestaltung der Ausbildung an der CGLS?
5. Werden neue Schulgänge an der CGLS vom Landkreis geplant?

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass die Koordination von Berufsschulen als neue Aufgabe beim Regionalverband verankert sei. Es bestehen gute Kontakte zwischen den Schulträgern auf regionaler Ebene und den verschiedenen Arbeitskreisen auf Dezernenten- und Schulleiterebene. Es sei sinnvoll und richtig, dass die Berufsschulen auf regionaler Ebene koordiniert werden, die Schulträger aber selbst entscheiden, welche berufsschulpolitischen Wege sie für sich sehen. Bezüglich der Fachoberschule Gesundheit ermittle die CGLS aktuell die Bedarfe. Alles was in diesem Bereich ausgebildet werde, werde im Landkreis Wolfenbüttel benötigt. Zudem werde überlegt, eine zweijährige Fachschule für Helferberufe an der CGLS zu etablieren. Dies solle im Rahmen eines Schulversuches aufgebaut werden. Landrätin Steinbrügge regt an, die vorgenannten Fragen in der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung zu diskutieren.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Schülerzahlen an der CGLS in den Schuljahren 2013/2014 bis 2017/2018:

Schuljahr	Teilzeitschüler	Vollzeitschüler	Verhältnis TZ zu VZ
2013/2014	743	662	1,12:1
2014/2015	737	669	1,10:1
2015/2016	665	728	0,91:1
2016/2017	680	672	1,01:1
2017/2018	616	659	0,93:1

Die statistischen Daten für das Schuljahr 2018/2019 liegen noch nicht vor, sie werden erst im November erhoben.

KAbg. Heid nimmt Bezug auf die Schwierigkeiten bei der Identifikation von Asylbewerber*innen und das Auftauchen von Mehrfachidentitäten. Es werde nachgefragt, welche Möglichkeiten im Landkreis

Wolfenbüttel vorliegen, um Identitäten prüfen zu können und ob Fingerabdruckscanner im Einsatz seien? Wenn ja, wie viele?

Landrätin Steinbrügge antwortet, dass die Fragen über das Protokoll beantwortet werden.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

*Die Sachbearbeiter*innen der Ausländerbehörde verfügen mittlerweile flächendeckend über Fingerabdruckscanner, insgesamt sind 8 Geräte im Einsatz.*

KAbg. Großer fragt nach, warum das Sozialticket nicht in Einrichtungen, wie der Suppenküche oder der Tafel bekannt gemacht werde und wie weit die Entwicklung des Flyers sei? Der Verein Lichtblick sei an den Flyern interessiert und würde diese gerne verteilen. Darüber hinaus werde nachgefragt, ob das angeforderte Plakat bereits bei dem Verein Lichtblick angekommen sei?

Landrätin Steinbrügge und Dezernentin Klooth antworten, dass das Marketing für das Sozialticket im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Integration besprochen wurde. Der Flyer sei mittlerweile entworfen. Druck und Verteilungen seien geplant. Gerne können Orte sowie Einrichtungen mitgeteilt werden, wo der Flyer ausgelegt werden solle. Das Plakat müsste zwischenzeitlich bei dem Verein angekommen sein.

KAbg. Großer bittet darum, die Suppenküche und die Tafel bei der Verteilung der Flyer zu berücksichtigen. Darüber hinaus werde nachgefragt, wie viele Sozialtickets bereits ausgestellt wurden?

Anmerkung der Kreisverwaltung:

Im bzw. für den Monat August 2018 wurden insgesamt 550 Sozialtickets verkauft: 518 für Erwachsene und 32 für Personen unter 15 Jahre.

Es staffelt sich wie folgt:

Preisstufe 1 : 252 Tickets

Preisstufe 2 : 74

Preisstufe 3 : 192

Kinder :

Preisstufe 1 : 30

Preisstufe 2 : 0

Preisstufe 3 : 2

*Im Monat August wurden die Erwartungen der Kreisverwaltung übertroffen. Kalkuliert wurde für 2018 mit durchschnittlich 400 Nutzer*innen pro Monat. Die übertroffenen Erwartungen sind positiv zu beurteilen und eine Steigerung ist weiterhin wünschenswert.*

Für den Monat September wurden bis zum 14.09.18 bislang 233 Tickets insgesamt verkauft.

**TOP 7 Ernennung Brandabschnittsleiter Ost
Vorlage: XVIII-0314/2018**

Landrätin Steinbrügge erläutert die Vorlage: XVIII-0314/2018 und bedankt sich bei Herrn Rischbieter nicht nur für sein jahrelanges Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr, sondern auch im Katastrophenstab des Landkreises Wolfenbüttel.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Abschnittsbrandmeister Markus Rischbieter, wohnhaft in 38170 Schöppenstedt, Groß Vahlberger Straße 4, wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Amtszeit von 6 Jahren mit Wirkung zum 15.10.2018 zum Brandabschnittsleiter für den Brandschutzabschnitt Ost und gleichzeitig zum Stellvertreter des Kreisbrandmeisters für den Brandschutzabschnitt Ost ernannt.

Abschnittsbrandmeister Markus Rischbieter spricht den Eid und nimmt die Ernennungsurkunde, den Blumenstrauß sowie die Glückwünsche der Fraktionen im Kreistag entgegen.

**TOP 8 Antrag der AfD-Kreistagsfraktion:
 Weitere Senkung der Kreisumlage
 Vorlage: XVIII-0344/2018**

KAbg. Pastewsky erläutert, warum der Antrag der AfD-Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0344/2018 ergibt, angenommen werden sollte.

Vorsitzender Ganzauer lässt über die Annahme des Antrages abstimmen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag mehrheitlich nachstehenden

Beschluss:

Der Antrag der AfD- Kreistagsfraktion, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage XVIII-0344/2018 ergibt, wird angenommen und in den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit überwiesen.

**TOP 9 Überarbeitetes Raumkonzept für die Oberstufe der Henriette-
 Breymann-Gesamtschule (HBG) ab dem Schuljahr 2019/20, Stand
 Juli 2018
 Vorlage: XVIII-0337/2018**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage: XVIII-0337/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. In Abstimmung mit der Stadt Wolfenbüttel werden die Jahrgänge der Oberstufe der Henriette-Breymann-Gesamtschule (HBG) für die Dauer der Bauzeit eines Oberstufen-Neubaus (voraussichtlicher Zeitraum: Schuljahre 2019/20 bis 2021/22) jahrgangsweise in mobilen Unterrichtsräumen auf dem Parkplatz an der Sporthalle Ravensberger Str. 19 untergebracht.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Stadt Wolfenbüttel durch das Ingenieurbüro Dr. Röhrs & Herrmann, Sachverständige und Geologen aus Hildesheim, prüfen zu lassen, ob ein geschotterter Parkplatz für Pkw auf einem Teil der Grünfläche des Schulgeländes (Ziffer 3, Variante a.) als Kompensation der wegfallenden Parkflächen in Betracht kommt. Das Ergebnis dieser Prüfung und die voraussichtlichen Kosten für die Ersatz-Parkflächen werden den Gremien zeitnah zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Kenntnisnahme:

3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass eine Kompensation der wegfallenden Parkflächen direkt am Schulstandort erfolgt

Variante a.

auf der Grünfläche des Schulgeländes oder **alternativ**

Variante b.

auf der Asphaltfläche des mittleren Schulhofs, falls Variante a. aufgrund der Besonderheit des Baugrunds nicht realisiert werden kann.

4. Der voraussichtlich entstehende Investitionsbedarf für die Aufstellung von mobilen Unterrichtsräumen zuzüglich begleitender Baumaßnahmen in den Schuljahren 2019/20 bis 2021/22 in Höhe von voraussichtlich 840.000 € wird zur Kenntnis genommen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden in den Haushaltsjahren 2019 ff. entsprechend zur Verfügung gestellt.

TOP 10 Änderung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Gesamtschulen Vorlage: XVIII-0339/2018

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage: XVIII-0339/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die „Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über die Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Gesamtschulen“ wird gemäß Anlage 1 zur Vorlage XVIII-0339/2018 geändert und in der aus Anlage 2 zur Vorlage XVIII-0339/2018 ersichtlichen Fassung neu beschlossen.

Gleichzeitig tritt folgende Satzung ab 01.08.2019 außer Kraft:

Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über die Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Gesamtschulen vom 07.05.2018 (bekannt gemacht im Amtsblatt Nr. 17 vom 17.05.2018), gültig ab 01.08.2018.

TOP 11 Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Förderschulen Vorlage: XVIII-0329/2018

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage: XVIII-0329/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Förderschulen wird gemäß § 10 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in Verbindung mit § 63 Abs. 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) gemäß Anlage 1 zur Vorlage XVIII-0329/2018 beschlossen.

Gleichzeitig treten folgende Satzungen ab 01.10.2018 außer Kraft:

- Satzung über die Festlegung des Schulbezirkes für die „Schule am Teichgarten“ – Förderschule mit den Schwerpunkten Lernen und Sprache vom 19.05.2014 (bekannt gemacht im Amtsblatt Nr. 22 vom 02.06.2014), gültig ab 01.08.2014,
- Satzung über die Festlegung des Schulbezirkes für die „Peter-Räuber-Schule“ – Förderschule mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung vom 12.10.1998 (bekannt gemacht im Amtsblatt Nr. 39 vom 28.12.1998), gültig ab 28.12.1998.

**TOP 12 Weiterführung des Schulkostenfonds im Jahr 2019
Vorlage: XVIII-0332/2018**

KAbg. Hantelmann erläutert die Vorlage: XVIII-0332/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Landkreis Wolfenbüttel zahlt im Jahr 2019 eine Zuwendung in Höhe von 34.300 € in den Schulkostenfonds ein. Entsprechende Haushaltsmittel werden bei Produktkonto 2430000000.4318000 zur Verfügung gestellt.

**TOP 13 Abschluss einer Vereinbarung mit der Lukas-Werk
Gesundheitsdienste GmbH; Vorlage: XVIII-0318/2018**

KAbg. Großer erläutert die Vorlage: XVIII-0318/2018.

Stellvertr. Landrätin Wagner-Judith merkt an, dass die Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN die Vorlage sowie die Zusammenarbeit mit der Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH mehr als unterstütze, da insbesondere auch die stoffunabhängigen Süchte immer mehr Thema werden. Die Lukas-Werke kümmern sich nicht nur um die Betroffenen selbst, sondern eben auch um deren Familien und bieten Beratungs- und Unterstützungsangebote. Diese hervorragende Arbeit müsse fortgesetzt werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Landrätin wird beauftragt, die in der Anlage zur Vorlage XVIII-0318/2018 beigefügte Vereinbarung über Hilfeleistungen für suchtkranke Personen aus dem Landkreis Wolfenbüttel mit der Lukas-Werk Gesundheitsdienste GmbH abzuschließen.

**TOP 14 Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Großes Bruch östlich von Mattierzoll" in der Samtgemeinde Elm-Asse (Landkreis Wolfenbüttel-LSG WF 51) - Sicherung Natura 2000-Gebiet
Vorlage: XVIII-0315/2018**

KAbg. Lühr erläutert die Vorlage: XVIII-0315/2018.

KAbg. Nagel bedankt sich zunächst bei der Kreisverwaltung für die umfangreiche und gut begründete Vorlage. Jedoch beziehe sich die Verordnung lediglich auf einige Gräben und nicht auf die anschließenden Flächen. Um den Anforderungen des europaweiten Schutzsystems Natura 2000 gerecht zu werden, hätten bereits in ganz Deutschland weitaus mehr Flächen gesichert werden müssen. Auch im Landkreis Wolfenbüttel sei eine Abarbeitung der Flächen erst für Anfang 2019 in Aussicht gestellt, da für die umfangreichen Arbeiten unzureichend Personal vorhanden sei. Bei der Sicherung der Natura 2000 Gebiete gehe es jedoch um den Erhalt unserer Lebensgrundlage, daher hätte sich die Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN eine Einbeziehung weiterer Flächen gewünscht.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die in der Anlage 6 zur Vorlage XVIII-0315/2018 dargestellten Flächen werden durch die als Anlage 5 zur Vorlage XVIII-0315/2018 beigefügte Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet erklärt.

**TOP 15 Bau einer Fuß- und Radwegbrücke über die Oker in Werlaburgdorf, parallel zur vorhandenen Eisenbahnbrücke
Vorlage: XVIII-0330/2018**

KAbg. Hausmann erläutert die Vorlage: XVIII-0330/2018.

KAbg. Oesterhelweg zeigt sich erfreut, dass auch diese unendliche Geschichte nunmehr ein positives Ende finde und die Lücke mit der Fuß- und Radwegbrücke geschlossen werde. Es werde angemerkt, dass sich die Landwirtschaft an den Kosten bei einem etwaigen Ausbau der Brücke auch für den landwirtschaftlichen Verkehr beteiligt hätte. Doch durch eine förmliche Explosion der Kosten musste schlussendlich davon Abstand genommen werden. Negativ sei jedoch die Art und Weise der Tourismus und Warnetalbahn GmbH und ihrem Auftreten gegenüber der Kreisverwaltung sowie der Landwirtschaft festzuhalten. Letztendlich habe das Thema jedoch ein gutes Ende gefunden. Nicht zuletzt durch das gemeinsame Engagement. Für seine Geduld und den steten Nachdruck zu diesem Thema dankt KAbg. Oesterhelweg Kreisbaurat Schillmann ausdrücklich.

KAbg. Hausmann erklärt, dass auch die SPD-Kreistagsfraktion die Fuß- und Radwegbrücke ausdrücklich begrüße. Dem Dank an Kreisbaurat Schillmann werde sich insoweit angeschlossen und die Hoffnung geäußert, dass die in Aussicht gestellten Zuschüsse auch tatsächlich fließen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Dem Bau einer Fuß- und Radwegbrücke über die Oker in Werlaburgdorf wird zugestimmt. Voraussetzungen hierfür sind die Förderungen seitens des ArL und der Stiftung Zukunftsfonds Asse.

TOP 16 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für das Jahr 2018
Vorlage: XVIII-0335/2018

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0335/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst für den Rettungsdienstbereich des Landkreises Wolfenbüttel des Jahres 2018, wie sie sich ihrem Wortlaut aus der Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. XVIII-0335/2018 ergibt, wird zugestimmt.

TOP 17 Aufstellung eines Einsatzzuges im Katastrophenschutz
Vorlage: XVIII-0338/2018

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0338/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Landrätin wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2018 gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Wolfenbüttel e. V. die Aufstellung eines Einsatzzuges im Rahmen des Katastrophenschutzes mit den folgenden Komponenten zu prüfen und ein entsprechendes Konzept zu erstellen:

- Sanität und Betreuung,
- Patiententransport,
- Psychosoziale Notfallversorgung.

Anmerkung der Kreisverwaltung:

KAbg. Försterling hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

TOP 18 Einrichtung einer befristeten Stelle zur Durchführung von Rückkehraufgaben in der Ausländerbehörde
Vorlage: XVIII-0317/2018

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0317/2018.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

In der Ausländerbehörde wird eine auf drei Jahre befristete Stelle zur Durchführung von Rückkehraufgaben mit einem Stellenanteil von 0,5 (Entgeltgruppe E 9b TVöD) eingerichtet.

**TOP 19 ÖPNV-Finanzierung im Großraum Braunschweig;
Verlängerung des Refinanzierungsvertrags zur allgemeinen
Vorschrift mit dem Regionalverband Großraum Braunschweig
Vorlage: XVIII-0334/2018**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0334/2018.

KAbg. Försterling erklärt, dass die FDP-Kreistagsfraktion den Vertrag mit einer Laufzeit bis Ende 2021 nicht unterstützen könne, da ohne Druck der Regionalverband an der Finanzierung des Regionalverkehrs nichts ändern werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen nachstehenden

Beschluss:

Die Landrätin wird beauftragt, den 5. Nachtrag zum Refinanzierungsvertrag vom 22. November/2. Dezember 2011 zur allgemeinen Vorschrift im Gebiet des Regionalverbandes Großraum Braunschweig, wie er sich aus der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage Nr. XVIII-0334/2018 ergibt, abzuschließen.

**TOP 20 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das
Haushaltsjahr 2018
Vorlage: XVIII-0316/2018**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0316/2018.

KAbg. Fricke merkt an, dass die CDU-Kreistagsfraktion generell Stellenmehrungen kritisch gegenüberstehe. Diesmal seien jedoch alle Stellenveränderungen gut begründet und die Bedarfe nachvollziehbar. Die Nachwuchsgewinnung sei ein schwieriges Thema. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfordere zweifelsohne weitere Stellenanteile.

Ohne weitere Aussprache fasst Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

**TOP 21 Halbjahresbericht des Landkreises Wolfenbüttel für das Jahr 2018
Vorlage: XVIII-0341/2018**

KAbg. H. Koch erläutert die Vorlage: XVIII-0341/2018.

Landrätin Steinbrügge weist auf die erfreuliche Tendenz des Haushaltes gegenüber der Planung hin und nimmt Bezug auf den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion zur Senkung der Kreisumlage. Solch ein Antrag sei zum jetzigen Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung unseriös und leichtfertig, da nicht absehbar sei, wie der Haushaltsentwurf 2019 ausfalle.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Halbjahresbericht des Landkreises Wolfenbüttel für das Jahr 2018 wird zur Kenntnis genommen. Gegenüber der Planung verbessert sich das Ergebnis voraussichtlich um 4.868.200 €.

TOP 22 Resolution zur Unterstützung der Geo-und Naturparke Vorlage: XVIII-0345/2018

KAbg. Oesterhelweg erläutert die Vorlage: XVIII-0345/2018 und erklärt, dass die beiden bestehen Geoparks in Niedersachsen an vielen Projekten beteiligt seien. Sie leisten nicht nur einen wesentlichen Beitrag zum Landschaftsschutz, der Natur und dem Tourismus, sondern könnten auch ein Ort internationaler Begegnungen sein, wie andere Nationen vorleben. Hervorgehoben werde die großartige ehrenamtliche Arbeit, die in den Geoparks geleistet werde. Die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen könnten ohne die Ehrenamtlichen diese Arbeit nicht schaffen. Leider seien die Ehrenamtlichen durch die vielseitigen Aufgaben stark belastet und gehen teils auch in finanzielle Vorleistungen, wenn Projekte angeschoben werden, die entsprechenden Mittel jedoch erst Monate später zurückfließen. Hierzu diene die im Koalitionsvertrag verabredete moderate institutionelle Förderung. Die umweltpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen im Landtag seien sich einig, dass das Geld jetzt fließen müsste. Bewusst sei Abstand von konkreten Beträgen in der Resolution genommen. Vorstellbar sei jedoch eine Unterstützung in Höhe von 50.000- 100.000 € jährlich. Insoweit werde um Unterstützung durch den Kreistag Wolfenbüttel gebeten, diese Resolution möglichst einstimmig auf den Weg zu bringen.

KAbg. Nagel begrüßt im Namen der Kreistagsfraktion DIE GRÜNEN die Resolution, regt jedoch an, dass Wort „moderat“ durch „ausreichend“ zu ersetzen.

KAbg. Försterling merkt an, dass die Niedersächsische Landesregierung seit letzter Woche nicht mehr Herr des Verfahrens sei, sondern die Fraktionen im Niedersächsischen Landtag. Daher werde der Form halber angeregt, die Resolution zusätzlich an die Fraktionen im Nds. Landtag zu adressieren.

KAbg. Oesterhelweg stimmt der Anmerkung von KAbg. Försterling zu. Von der Anregung von KAbg. Nagel werde jedoch Abstand genommen, da auch das Wort „ausreichend“ ähnlich wie „moderat“ ein relativierender Begriff sei.

KAbg. Hensel schließt sich den vorherigen Ausführungen an und erklärt, dass er selber jahrelang im Ausschuss des Geoparks mitwirken und sich dadurch ein gutes Bild über die stete schwierige Finanzlage machen konnte. Die Arbeit des Geoparks müsse jedoch abgesichert werden, da noch viel mehr Nutzen aus dem Geopark gezogen werden könnte.

Vorsitzender Ganzauer lässt sodann über die Vorlage mit der Ergänzung von KAbg. Försterling und ohne die Änderung von KAbg. Nagel abstimmen.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel bittet die Landesregierung und die Fraktionen im Niedersächsischen Landtag, die im Koalitionsvertrag verabredete Unterstützung der beiden bestehenden Geoparks „Harz. Braunschweiger Land. Ostfalen“ und „TERRA.vita“ sowie der 14 niedersächsischen Naturparke durch eine moderate institutionelle Förderung ab dem Jahr 2019 umzusetzen, damit diese ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen können.

**TOP 23 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit
Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG i.V.m. § 5h GO)**

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Unterrichtungspunkte vorliegen.

TOP 24 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 5 i GO)

Vorsitzender Ganzauer stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.